

Rede Bürgermeister Steffen Mues Demo gegen Rechtsextremismus Siegen

25.01.2024, Bismarckplatz Weidenau, 17.30 Uhr

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich bin begeistert von der großen Teilnehmerzahl an dieser Demonstration, gleichzeitig darf ich Sie alle herzlich grüßen im Namen der Siegen-Wittgensteiner Bürgermeisterin und Bürgermeister und Landrat Müller. Gemeinsam unterstützen wir diese Kundgebung.

Die Bürgermeisterin und Bürgermeister und der Landrat, wir alle, stehen für eine vielfältige Gesellschaft, Toleranz und weltoffene Städte und Gemeinden. Wir stellen uns an die Seite der Menschen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten und gegen rechtsextremes Gedankengut aufstehen. Wir treten denen, die unsere durch das Grundgesetz geschützten Werte mit Füßen treten, entgegen.

Ebenfalls übermittle ich Grüße unseres südwestfälischen Europaabgeordneten Dr. Peter Liese.

Wir haben es heute in der Hand, ob wir in Zukunft auf den Januar 2024 zurückblicken werden als den Monat, in dem die Bevölkerung unseres Landes die Demokratie und ihre Werte verteidigt hat oder als den

Zeitpunkt, wo man vor dem Offensichtlichen die Augen verschlossen hat.

Deshalb freue ich mich, dass auch Siegen heute ein Zeichen setzt gegen Rechtsextremismus, gegen rassistische Ideologien, gegen wahnwitzige Abschiebepläne, gegen völkisches Gedankengut, gegen Antisemitismus, Hass und Intoleranz - für Solidarität, für Menschenwürde, für Menschenrechte, für unseren Rechtsstaat, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und für unser Grundgesetz.

In den letzten Tagen ist ein Ruck durch Deutschland gegangen. Auf den Schock nach Bekanntwerden der Deportationspläne ist eine Protestwelle gefolgt, wie sie unser Land selten erlebt hat.

Hunderttausende Menschen protestierten in den vergangenen Tagen im ganzen Land, nicht nur in großen Städten, sondern auch in vielen kleinen Kommunen, die üblicherweise nicht Orte von Demonstrationen sind.

Überall waren und sind es viel mehr Menschen als von den Veranstaltern erwartet, die unsere demokratischen Grundwerte verteidigen. Das macht mir persönlich große Hoffnung.

Denn: Unsere Demokratie muss geschützt werden. Auch vermeintlich stabile Demokratien in Westeuropa sind bedroht, das zeigt ein Blick in

die europäischen Nachbarländer. Aber: Unsere Demokratie IST wehrhaft.

Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Demokratie bedeutet auch Verantwortung und zwar jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft, für die Demokratie zu kämpfen, Zeichen zu setzen, gegen Angriffe auf unsere Gesellschaft durch die Feinde der Verfassung und diejenigen, die mit menschenverachtenden, wahnsinnigen Ideen unsere Gesellschaft in Menschen 1. und 2. Klasse einteilen wollen. Die Demokraten müssen jetzt Haltung zeigen.

Wie heute in Siegen. Nie habe ich den Bismarckplatz so voll erlebt. Es macht Hoffnung und Mut, dass so viele Siegenerinnen und Siegener gekommen sind, egal von welcher Partei oder Organisation, ob alt oder jung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Aufgerufen haben ein breites Bündnis aus mehr als 55 Parteien, Gewerkschaften und Organisationen. Vielen Dank dafür und vielen Dank an die Organisatoren.

Wir alle halten es für unerlässlich, klar und eindeutig Position gegen menschenverachtende, extremistische Machenschaften zu beziehen. Die Grundwerte unserer Demokratie sind nicht verhandelbar!

Es ist die (nicht mehr schweigende) Mitte unserer Stadtgesellschaft, die sich heute schützend vor die Menschen stellt, die von den Vertreibungsplänen bedroht sein könnten. Wie müssen sich meine Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen mit Migrationshintergrund fühlen, wie meine Lieblingsgastronomen? Seit Tagen versuche ich mich in deren Gefühlslage zu versetzen. Allein die Vorstellung, Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben und zu deportieren, lässt mir das Blut in den Adern gefrieren und macht mich zugleich unglaublich wütend.

Es ist die Mitte unserer Stadtgesellschaft, die nicht länger schweigt und das ist ein deutliches Zeichen in Richtung Bismarckhalle. Mögen Sie es dort bitte laut und deutlich hören: „WIR DULDEN KEINE NAZIS!“

Ganz deutlich möchte ich es in die Richtung formulieren: Es gibt keine Menschen erster oder zweiter Klasse! Aber es gibt den 1. Artikel unseres Grundgesetzes, in dem es heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und es gibt noch weitere Garantien des Grundgesetzes, z. B. die Freiheit der Presse.

Und durch die Freiheit der Presse hat eine eindrucksvolle Recherche der unabhängigen Recherche-Plattform Correctiv ans Licht gebracht, WAS da

in den Köpfen der Teilnehmenden des Treffens im Landhaus Adlon bei Potsdam thematisiert wurde: die völlig irrsinnige Idee der Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund und anderen unerwünschten Menschen in Deutschland. Das weckt unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz, bei der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden planten. Vielleicht ist auch deshalb der Ort nicht zufällig?!

DAS hat vielen Menschen im wahrste Sinne die Augen geöffnet. Mehr als ein Viertel unserer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund: unser Land bräche zusammen, sollten diese alle Deutschland verlassen müssen. Was für eine populistische, irrationale und wahnhaftige Idee, die einfach nur Ekel und Abscheu auslöst.

Der ewige Blick zurück löst keines unserer heutigen gesellschaftlichen Probleme. Die einfachen Antworten der Populisten – bei denen immer die Anderen schuld sind – lösen keine komplexen Fragen. Sicher ist nur eines: Wer rechtsextrem wählt, macht sich zum Komplizen.

Deshalb, meine Damen und Herren, gehen Sie zur Wahl, wählen Sie demokratisch und nicht extremistisch. Eine hohe Wahlbeteiligung ist ein entscheidender Schutz davor, dass Rechtsextremisten und sonstige dubiose Splittergruppen weiter erstarken. Spätestens jetzt ist der

Moment erreicht, an dem alle rechtschaffenen, demokratisch orientierten Menschen geschlossen ihre Stimme erheben müssen, um diesem Nazi-Spuk ein Ende zu bereiten. Und genau deshalb müssen wir unglaublich wachsam sein. Bei vielem, auch beim gesprochenen Wort, bei Fakenews, und offener und versteckter Propaganda, bei der sich die Grenze des Sagbaren immer mehr verschiebt und die vor allem auf junge Leute abzielt. Über die Sozialen Medien, über rechte Influencer, über Propaganda und Aktionsbewegungen, bei der junge Leute in einen rechten Sog geraten, aus dem sie – wie bei einer Sekte – nur schwer wieder herausfinden. Hier müssen wir alle enorm wachsam sein und dürfen diese Menschen nicht fallenlassen, sondern müssen mit ihnen im Gespräch bleiben!

Was mir noch wichtig ist: Es gibt immer noch viele Menschen, die glauben, das seien nur ein paar Spinner, die da solche wahnhaften, rechten Ideen verbreiten, die man viel zu ernst nehmen würde. Was für ein fataler Denkfehler. Hitler hat alle seine Verbrechen schon Jahre zuvor schriftlich und mündlich angekündigt, Putin hat seinen Angriffskrieg auf die Ukraine Jahre zuvor angekündigt. Meine Damen und Herren, nehmt die Extremisten und Antidemokraten ernst. Die meinen, was sie sagen und werden es in die Tat umsetzen, sobald sie die Möglichkeit dazu haben.

An die Adresse der Potsdamer Deportationsplaner möchte ich sagen: Wir machen uns nicht gemein mit Eurem Gedankengut, Euren Hetzreden und Euren kruden Metaphern. Aber wir werden mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der demokratischen Gegenwehr dafür sorgen, dass rechte Brandstifter in unserem Land nie wieder die Oberhand gewinnen.

Wir, die wir hier versammelt sind, stehen für unsere Mitbürger ein, wir stehen füreinander ein und wir stehen für eine gemeinsame, friedliche Zukunft ohne Hass ein. Die Teilnehmer des Treffens in Potsdam haben eine andere Vorstellung von Zukunft, sie wünschen sich offensichtlich Zeiten zurück, deren Schrecken wir uns niemals werden ausmalen können.

Wir aber wollen die Zukunft, eine gemeinsame, menschliche Zukunft. Wir wollen die Gemeinschaft, die Vielfalt und auch die Unterschiede. Mit den Problemen, die das mit sich bringt, aber vor allem auch mit der vielen Freude.

Überall in Deutschland formiert sich ein breites Bündnis aus Demokraten. Ich selbst habe letzten Donnerstag die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetags mitbeschlossen, in der es heißt: *„Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in*

unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden“.

Mein Appell geht daher auch an die Politik im Bund und in den Ländern. Es müssen Lösungen für die Sorgen der Menschen gefunden werden und wir brauchen wieder Vertrauen in die Politik. Dafür und daran müssen Regierung und die demokratische Opposition gemeinsam arbeiten. Dann schaffen wir es, rechtsextreme Parteien in die Schranken zu weisen und Protestwahlen zu verhindern.

Und an Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer: Bitte schweigen Sie nicht, wenn sich im privaten Umfeld Menschen rassistisch oder rechtsextremistisch äußern. Zeigen Sie Zivilcourage. Wer rechtsextreme Ideen verbreitet, der muss gesellschaftlich geächtet werden. Das, wovon die Rechten leben, ist Gleichgültigkeit. Jetzt bekommen sie Widerstand.

NIE WIEDER IST JETZT!

Vielen Dank.

Steffen Mues

Bürgermeister